



Unter dem Motto „Jetzt reicht's“ protestierten mehr als 5000 Kolleginnen und Kollegen von Ver.di, GdP und GEW vor dem Landtag gegen die Haushaltspolitik der CDU/FDP-Landesregierung. Zu den Rednern gehörte auch der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt (rechts).

Fotos (3): Richard Lauenstein

Gewerkschaftern platzt der Kragen / Streichung des Weihnachtsgeldes löst Wut aus

## Eindrucksvolle Demonstration gegen die Kürzungspolitik der Regierung Wulff

Mit der beabsichtigten Streichung des Weihnachtsgeldes hat die CDU/FDP-Landesregierung die Schmerzschwelle bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Land und in den Kommunen überschritten. Mehr als 5000 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften Ver.di, GDP und GEW waren den Aufrufen ihrer Organisationen gefolgt und zogen am Nachmittag des 15. September in drei Sternmärschen von verschiedenen Ausgangspunkten zum Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz am Landtag und trafen sich dort zu einer der größten Demonstrationen der jüngeren Vergangenheit.

Entscheidend für den Zeitpunkt der Demonstration waren die zeitgleich im Landtagsplenum anlaufenden Beratungen über die Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse zur Haushaltspolitik. Zielobjekt der Demonstration war die „unsoziale Kahlschlagpolitik“ der Regierung von

Ministerpräsident Christian Wulff. Für die Landesregierung war es die dritte gegen ihre Haushaltspolitik gerichtete Kundgebung innerhalb einer Woche. In den Reden wurde deutlich, dass die Gewerkschaften auch zu einer Verschärfung ihres Protestes bis hin zu Kampfmaßnahmen bereit sind.

### Zu Kampfmaßnahmen bereit

In einer Presseerklärung hatten die Organisatoren vorgerechnet, wie sich nach der Streichung des Urlaubsgeldes die vor den Sommerferien verkündete Absicht einer vollständigen Streichung der Sonderzuwendung („Weihnachtsgeld“) auswirken wird. Schon für eine Polizeibeamtin im gehobenen Dienst (A 10) wird die Einbuße jährlich über 2300 Euro ausmachen. Eine Angestellte in der Gehaltsgruppe BAT V C verliert rund 2100 Euro. Auf Grund der Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, die ohne

Gehaltsausgleich erfolgt, beträgt das tatsächliche Minus rund 3000 Euro.

### Die Kälte und Gnadenlosigkeit der Landesregierung angeprangert

Die hohe Beteiligung an der Demonstration war ein Gradmesser für den Ärger und die Wut, die dieser „Lohnraub“ (Susanne Kremer) durch den Griff in die Portemonnaies der Beschäftigten ausgelöst hat. Unter ohrenbetäubenden Beifall rief Wolfgang Denia, Ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen an die Adresse der Regierung Wulff gerichtet aus: „Es reicht uns, mit welcher Kälte und Gnadenlosigkeit Sie mit den Menschen umspringen“ und zitierte eine kleine Auswahl aus einer langen Liste gebrochener Wahlversprechen.“

Als Wahlbetrug entlarvte er den Umgang des Ministerpräsidenten mit der Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Im Wahlkampf hat-

te sich Wulff ausdrücklich gegen die sogenannte „Öffnungsklausel“ gewandt – eine Klausel, die es den Bundesländern ermöglicht das Urlaubs- und Weihnachtsgeld eigenständig zu regeln. Eine Sanierung des Landeshaushalts auf dem Rücken der Landesbediensteten lehne er ab. Nur sechs Tage nach dem Regierungswechsel im März 2003 habe der Landtag im Bundesrat aber eben dieser Öffnungsklausel zugestimmt und damit die Grundlage für die Besoldungseingriffe geschaffen.

Während Wulff noch am 14. Mai 2003 öffentlich erklärt hatte „Das Urlaubsgeld bleibt unangetastet“, beschloss der Landtag kurz darauf: Das Urlaubsgeld wird gestrichen, das Weihnachtsgeld halbiert und die Arbeitszeit ohne

Lohnausgleich auf 40 Stunden erhöht. Schon diese Einschnitte hatten öffentliche Proteste ausgelöst. Ende Juni 2004 setzte das Kabinett Wulff unter Federführung von Finanzminister Hartmut Möllring noch eins drauf und strich das Weihnachtsgeld ganz. Denia: „Hat Herr Wulff eigentlich eine Ahnung, was es für einen Straßenwärtler und seine Familie bedeutet, auf mehr als 2000 Euro Lohn verzichten zu müssen?“

### „Politischen Ärger“ angekündigt

Auch Eberhard Brandt, als GEW-Landesvorsitzender einer der Hauptredner der Kundgebung, kritisierte die soziale Schieflage der Haushaltspolitik der Landesregierung und zählte die Gruppen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten „beim Land, in den Kommunen, den Einrichtungen der Kirchen und der anderen freien Träger“ auf, die von den Einkommenskürzungen betroffen seien. Den Eingriff in die Beamtensoldung und in die Tarifvertragsgestaltung bezeichnete er als „obrigkeitsstaatlich“. „Dies alles ist ein Paket und darum wehren wir uns auch gemeinsam dagegen.“ Er forderte Wulff auf, die Verlängerung der Arbeitszeit zurückzunehmen und auf die Streichung des Weihnachtsgeldes zu verzichten und schlug dann den Bogen zu einer Verschärfung der Proteste. Gerade an diesem Tage seien in Südniedersachsen pädagogische Mitarbeiterinnen in einen Warnstreik getreten. Brandt wörtlich: „Sie zeigen mit ihrem Warnstreik, dass es uns Gewerkschaften Ernst ist, wenn wir fordern: Tretet endlich in Verhandlungen mit uns ein. Beendet eure Verweigerungshaltung. Seid gewiss, wir sind in der Lage euch politisch noch einigen Ärger zu machen.“

Wie sein Kollege Wolfgang Denia ging auch Eberhard Brandt auf die anderen Leistungskürzungen durch die Landesregierung ein: die Kürzungen beim Blindengeld, die Streichung der Hausaufgabenhilfe und der Lernmittelfreiheit, die Kürzungen bei der Sprachförderung und an den Hochschulen. Er kritisierte insbesondere die Absicht der CDU/FDP-Landesregierung Studiengebühren einzuführen. Gesprochen werde zwar von einer Gebühr in Höhe von 500 Euro pro Semester. Der Hamburger Wissenschaftssenator habe aber bereits eine Studiengebühr von 2500 Euro



**Kilometerlange Demonstrationen** bewegten sich von ihren Ausgangspunkten an Klagesmarkt, Georgsplatz und Landeskirchenamt zur Kundgebung am Landtag.

durchrechnen lassen, weil 500 Euro nicht ausreichen. Dazu der Landesvorsitzende: „Wir verdienen ja als Lehrer nicht schlecht, aber bei zwei Kindern, die studieren, wird es richtig eng.“ Die Auswirkungen könne man sich gut vorstellen. Der Anteil der Arbeiterkinder an Hochschulen wird weiter zurückgehen, auch dem Mittelstand werde es schwer fallen ein Studium zu finanzieren und die Studienzeiten würden verlängert.

### Mit der Unternehmensentlastung um 102 Milliarden Euro hätte man das Bildungswesen sanieren können

Dem Hauptargument der Landesregierung, nur so den niedersächsischen Etat sanieren zu können, stellten Denia und Brandt Alternativen gegenüber. Nötig seien ausreichende Steuereinnahmen, damit der Staat solide arbeiten kann. Eberhard Brandt rechnete vor, dass die deutschen Unternehmen von 2001 bis 2003 um Steuern in einer Größenordnung von 102 Milliarden Euro entlastet wurden. „Allein dieser Betrag hätte ausgereicht, um das Bildungssystem so auszustatten, wie es internationaler Standard ist.“ Wolfgang Denia fand es skandalös, dass Unternehmen in Niedersachsen trotz ordentlicher Gewinne keinen Euro Steuern zahlen,

während die Schulen verrotten und die Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen immer weiter zurückgefahren wird.

Notwendig seien auch Korrekturen im Steuerrecht. Denia wörtlich: „Warum stellen sich nicht CDU und FDP gegen eine Senkung des Spitzensteuersatzes für Besserverdienende, warum ist Wulff gegen Vermögens- und Erbschaftsteuer und streicht das Blindengeld? Ist das sozial, ist das christlich?“

Der Kundgebung waren Sternmärsche vom Klagesmarkt, dem Georgsplatz und dem Landeskirchenamt vorausgegangen. Mit mehreren hundert Bussen, aber auch per Zug oder Pkw waren die Kolleginnen und Kollegen angereist. Das Spektrum des gesamten öffentlichen Dienstes war vertreten. Der Ort der Kundgebung in unmittelbarer Nähe des Landtags war überfüllt. Tausende von Kundgebungsteilnehmer tauchten die Kreuzung Karmarschstraße/Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz in ein Meer von Fahnen und Plakaten. Neben den Kollegen Brandt und Denia traten auch Redner/innen von GdP, Behindertenverband und Krankenhauseelsorge auf. Eine Samba-Gruppe sorgte für feurige Rhythmen. Besonders gelungen das Lied von „Wulffs kleinen Landesdienern“. Den Refrain sangen die Kundgebungsteilnehmer mit. JOACHIM TIEMER

## Gewerkschaftstag 2005 Der Wahlausschuss informiert

Der Wahlausschuss gibt bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2005 nachstehende Ämter durch Wahl zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand
  - Die Vorsitzende oder der Vorsitzende (§ 25, Ziffer 1a);
  - Die Mitglieder der Arbeitsbereiche (§ 25, Ziffer 1b)
    - Finanzen,
    - Frauenpolitik,
    - Angestellten- und Beamtenpolitik;
  - Vier Mitglieder für die Organisationsbereiche (§ 25, Ziffer 1c)

- Jugendhilfe und Sozialarbeit,
- Schule,
- Hochschule und Forschung,
- Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Gemäß § 25, Ziffer 4 wird aus der Mitte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach Ziffer 1b) und c) die oder der stellvertretende Vorsitzende in einem gesondertem Wahlgang gewählt. Einer der beiden Vorsitzenden nach Ziffer 1a) und Ziffer 4 soll eine Frau sein.

### 2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission (§ 9).

Gemäß den Richtlinien des Wahlausschusses können die Landesverbände sowie die Fach- und Personengruppenausschüsse bis 15. Januar 2005 Wahlvorschläge einreichen beim Vorsitzenden des Wahlausschusses, zu Händen des Geschäftsführers, GEW-Hauptvorstand, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt.